KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Thomas Diener, Fraktion der CDU

Küstenschutz in Mecklenburg-Vorpommern

und

ANTWORT

der Landesregierung

Vorbemerkung

Die Sturmflut am 20. und 21. Oktober 2023 ist für den überwiegenden Teil der Ostseeküste Mecklenburg-Vorpommerns als mittlere Sturmflut einzustufen, weil Wasserstände bis zu 1,50 Metern über dem mittleren Wasserspiegel eingetreten sind. Im westlichen Küstenabschnitt (Wismarbucht, Lübecker Bucht) wurden Wasserstände bis ca. 1,60 Metern über Normalhöhen-null (NHN) erreicht, was dem unteren Bereich einer schweren Sturmflut entspricht.

Alle Küstenschutzanlagen des Landes an der Außenküste haben ihre Funktion erfüllt. An der Außenküste sind keine Überflutungen von durch Küstenschutzanlagen des Landes geschützten bebauten Bereichen aufgetreten, auch infolge der geschlossenen Sperrwerke.

Aufgrund der langen Verweilzeit hoher Wasserstände sind an den Bodden bzw. Haffen hohe Belastungen auf Deiche eingetreten. Einige Deiche, die dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen dienen, wurden überströmt und haben infolge der Überströmung zum Teil auch Schaden genommen (Wieck, Michaelsdorf, Neuendorf-Heide).

Die Sturmflut (Sturmhochwasser) am 20. und 21. Oktober 2023 hat zu erheblichen Schäden an Küstenschutzanlagen und Infrastruktur der Kommunen geführt.

1. Wie hoch sind die durch die oben genannte Sturmflut entstandenen Schäden an den Küstenschutzanlagen in Mecklenburg-Vorpommern (bitte einzelne Küstenschutzbauwerke differenziert darstellen)?

An den Küstenschutzanlagen des Landes gab es durch das Sturmflutereignis am 20. und 21. Oktober 2023 vergleichsweise wenige Schäden.

Es gab Sandverluste an den Landesküstenschutzdünen. Wollte man die Sandverluste sofort ausgleichen, würde das einem finanziellen Aufwand von etwa 6 000 000 Euro entsprechen. Ein sofortiger Ausgleich ist jedoch nicht erforderlich, da keine Düne derart geschwächt wurde, dass sie künftigen Sturmfluten nicht standhalten würde.

Über die Sandverluste hinaus sind an den Küstenschutzanlagen des Landes folgende Schäden eingetreten:

Anlagenbezeichnung	geschätzte Schadenshöhe (in Euro)
Spundwandbauwerk Sundpromenade (historisches Küstenschutzbauwerk in Verantwortung des Landes)	50 000
Buhnenbauwerke	200 000
überspülter Deich nahe Michaelsdorf in Verantwortung des Landes	15 000
Summe	265 000

2. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um die entstandenen Schäden an den Küstenschutzanlagen zügig zu reparieren?

Die Sandverluste an den Dünen müssen nicht sofort ausgeglichen werden, da die Funktionsfähigkeit der Anlagen gegeben ist (Ergebnis von Prüfungen auf Grundlage von örtlichen Vermessungen). Lediglich die durch den Sandabtrag (Erosion) entstandenen Dünenkliffs werden ab einer Höhe von mehr als 1,5 Metern aus Verkehrssicherungsgründen abgeschoben – das heißt, die Böschung wird wieder einheitlich hergestellt.

Aufgrund bereits vor Eintritt der Sturmflut begonnener Planungen respektive Ausschreibungen werden die Sandverluste im Küstenabschnitt Prerow-Zingst sowie vor Neuhaus-Dierhagen aktuell im Rahmen von laufenden Aufspülmaßnahmen ausgeglichen. Das Land Mecklenburg-Vorpommern und der Bund planen allein im Rahmen dieser Maßnahmen, ca. 13 000 000 Euro in die Sturmflutsicherheit zu investieren.

Der überspülte Landesküstenschutzdeich bei Michaelsdorf wurde zwecks schnellerer Entleerung des Polders geöffnet. Seit dem 27. November 2023 ist er wieder fachgerecht geschlossen. Der Wasserstand im Polder ist nahezu flächendeckend auf Höhe der Böschungsoberkante der Entwässerungsgräben zurückgegangen.

Weitere Schäden an Bauwerken, wie beispielsweise den Bühnenbauwerken, wurden erfasst. Es handelt sich nicht um sicherheitsrelevante Schäden. In den zuständigen Staatlichen Ämtern für Landwirtschaft und Umwelt laufen die Planungen zur Reparatur respektive Instandsetzung der Bauwerke. Die Arbeiten werden erst in 2024 ausgeführt.

3. Welche finanziellen Mittel stehen kurzfristig zur Wiederinstandsetzung der Küstenschutzanlagen zur Verfügung (bitte Landes- und Bundesmittel differenziert auflühren)?

Grundsätzlich stehen zur Reparatur und Instandhaltung von Küstenschutzanlagen des Landes Mecklenburg-Vorpommern und für die Gewässerunterhaltung Finanzmittel aus dem Landeshaushalt zur Verfügung. Der Mittelansatz für die von der Sturmflut betroffenen Amtsbereiche im Jahr 2024 beträgt ca. 2,9 Millionen Euro.

Die Bühnenreparatur und weitere Reparaturen (in geringem Umfang) werden aus diesen Mitteln finanziert. Die zur Verfügung stehenden Finanzmittel sind für die Behebung der Schäden ausreichend. Bundesmittel können für Reparaturen oder Instandhaltungsarbeiten nicht eingesetzt werden (GAK-Fördermittel).

4. Wie hoch sind die Schäden an den Küstenschutzanlagen, die nicht dem Schutz von im Zusammenhang bebauten Gebieten dienen?

Anlagenbezeichnung	geschätzte Schadenshöhe (in Euro)
Wasser- und Bodenverband Recknitz-Boddenkette: Schäden an Deichen und weiterer Infrastruktur wie beispielsweise Schöpfwerken im Bereich Schwinkelsmoor, Kloer, Born, Wieck, Bliesenrade, Kückenshagen, Prerow, Neuendorf, Fuhendorf, Michaelsdorf	105 000
Wasser- und Bodenverband Barthe-Küste: Schäden an Einrichtungen zum Schutz von überwiegend landwirtschaftlich genutzten Flächen im Bereich Barthedeich-Planitz und Schöpfwerk Barth Tannenheim	60 000
Wasser- und Bodenverband Rügen: Schäden an Einrichtungen zum Schutz von überwiegend landwirtschaftlich genutzten Flächen im Bereich des Amtes Nord-Rügen und des Amtes Mönchgut-Granitz (letztere 98 400 Euro)	100 000
Summe	265 000

5. Wie beabsichtigt die Landesregierung, die Kommunen bzw. Wasser- und Bodenverbände bei der Wiedererrichtung der Küstenschutzanlagen, die nicht dem Schutz von im Zusammenhang bebauten Gebieten dienen, zu unterstützen?

Grundsätzlich sind die Schäden an Einrichtungen in der Verwaltung der Wasser- und Bodenverbände aus dem Beitragsaufkommen zu decken.

Die Landesregierung hat bei der Bundesregierung gemeinsam mit dem Land Schleswig-Holstein Hilfen zum Wiederaufbau der durch die Sturmflut zerstörten Infrastruktur beantragt. Eine definitive Zusage mit der Festlegung von Zuwendungsbedingungen liegt noch nicht vor.

6. Wie hoch sind die durch die oben genannte Sturmflut entstandenen Schäden an der kommunalen Infrastruktur?
7. Welche Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um die Kommunen bei der Wiederinstandsetzung der kommunalen Infrastruktur zu unterstützen?

Die Fragen 6 und 7 werden zusammenhängend beantwortet.

Dem Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung liegen aus Anlass des vergangenen Sturmhochwassers bis heute keine Anträge auf Sonderbedarfszuweisungen zum Ausgleich an Schäden hierfür infrage kommender kommunaler Infrastruktur vor.

Konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der kommunalen Infrastruktur wurden bislang nicht festgelegt.

Im Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt sind zwei Anträge auf finanzielle Hilfen zur Schadensbeseitigung eingegangen. Sobald ein Hilfsprogramm mit der Bundesregierung abgestimmt ist, werden diese Anträge bearbeitet.

8. Wie haben sich die für den Küstenschutz in Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel innerhalb der letzten 20 Jahre entwickelt?

Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit an den Küsten der Ostseeküste in Mecklenburg-Vorpommern werden grundsätzlich über den Förderbereich 8 des Rahmenplanes der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK-Rahmenplan) zu 70 Prozent aus Bundes- und zu 30 Prozent aus Landesmitteln finanziert.

Die Einplanung der Mittel erfolgt über den Planungsausschuss für Agrarstruktur und Küstenschutz (PLANAK) aufgrund der von den Ländern im Vorfeld angemeldeten Mittelbedarfe für die geplanten Vorhaben. Zudem wurde 2008 in den GAK-Rahmenplan ein „Sonderrahmenplan Küstenschutz infolge des Klimawandels“ (SRP Küste) aufgenommen. Dadurch erhöhte sich ab 2009 das Mittelvolumen für den Küstenschutz.

Um die Folgen des Klimawandels abzufedern, wurden seitens des Bundes ab 2023 die Haushaltsmittel für den SRP Küste aufgestockt und bis 2040 als Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushalt gebunden. So stehen im Haushaltsjahr 2023 im SRP Küste 7 385 714 Euro zur Verfügung (Bundesanteil 2024 = 4 450 000 Euro, 2025 = 5 050 000 Euro, ab 2026 = 6 260 000 Euro).

Über den GAK-Rahmenplan werden – neben Personalkosten – Aufträge an Dritte zur Planung, Vorbereitung und Realisierung von Küstenschutzbaumaßnahmen einschließlich des Sonderrahmenplans Küstenschutz finanziert.

Weitere Details zum GAK-Rahmenplan sind unter <https://www.bmel.de/DE/themen/laendliche-regionen/foerderung-des-laendlichen-raumes/gemeinschaftsaufgabe-agrarstruktur-kuestenschutz/gak.html> zu finden.

In den letzten 20 Jahren, im Zeitraum von 2003 bis 2022, wurden insgesamt rund 330 532 000 Euro in den Küstenschutz des Landes Mecklenburg-Vorpommern investiert, davon rund 29 178 000 Euro aus dem SRP Küste. Eine Aufschlüsselung der jahresbezogenen Ausgaben enthält die unten stehende Tabelle.

Des Weiteren werden jedes Haushaltsjahr reine Landesmittel zur Verfügung gestellt:

- für die Unterhaltung von Küstenschutzanlagen,
- für Werkverträge oder andere Auftragsformen zu Themen der systematischen Grundlagenarbeit für den Küstenschutz sowie
- für sächliche Verwaltungsausgaben und für den Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für das interne Küstenmessnetz, betrieben durch das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mittleres Mecklenburg.

Über das Küstenmessnetz werden kontinuierlich Daten über Wind, Wasserstand, Wellenhöhe, Wellenanlaufriechung, Strömungsgeschwindigkeit und Wassertemperatur erfasst. Diese Daten bilden die Grundlage für die Küstenschutzplanung und die operative Sturmflutabwehr.

Die in Anspruch genommenen Haushaltsmittel in den letzten 20 Jahren für den Küstenschutz, finanziert über den GAK-Rahmenplan, stellen sich wie folgt dar:

GAK-Küstenschutz		
Jahr	Ausgaben IST (in Euro)	davon SRP Küste (in Euro)
2003	16 166 828,55	
2004	13 190 223,25	
2005	13 641 917,35	
2006	15 974 674,85	
2007	13 673 205,63	
2008	12 571 369,96	

GAK-Küstenschutz		
Jahr	Ausgaben IST (in Euro)	davon SRP Küste (in Euro)
2009	17 561 267,44	1 727 491,47
2010	18 543 605,23	3 447 172,22
2011	21 283 124,92	4 571 323,64
2012	24 041 399,49	4 152 391,13
2013	13 535 424,29	0,00
2014	17 454 154,49	2 692 659,95
2015	13 735 818,73	0,00
2016	14 310 011,33	1 781 100,75
2017	10 862 331,76	0,00
2018	20 943 335,86	3 276 970,95
2019	17 662 036,38	1 254 158,64
2020	22 221 737,40	3 285 700,00
2021	16 935 135,30	1 419 414,68
2022	16 224 335,06	1 569 927,07
2003 bis 2022 Summe	330 531 937,27	29 178 310,50
2003 bis 2022 Mittelwert	16 526 596,86	
	Haushalts-Ansatz	
2023	22 997 314,00	7 385 714,00

9. Wie hat sich der Personalbestand in den für Küstenschutz zuständigen Verwaltungen des Landes innerhalb der letzten zehn Jahre entwickelt?
- Erachtet die Landesregierung den vorhandenen Personalbestand als ausreichend?
 - Wenn nicht, welche Maßnahmen werden ergriffen, um den Personalbestand anzupassen?

Die in den Staatlichen Ämtern für Landwirtschaft und Umwelt (StÄLU) für Investitionen in Küstenschutzbauwerke zur Verfügung stehende Anzahl an Stellen hat sich in den vergangenen Jahren erhöht. Zwischen 2014 und 2019 standen den StÄLU ca. 25 Stellen für Planung und Bau von Küstenschutzbauwerken zur Verfügung.

Nach Veröffentlichung des IPCC-Berichtes „Special Report on the Ocean and Cryosphere in a Changing Climate (SROCC)“ 2019 wurde die Dezernatsgruppe Küste des StÄLU Mittleres Mecklenburg schrittweise wieder zu einer Abteilung Küste weiterentwickelt (Stellenaufbau insbesondere im Bereich der Konzeptionen, Variantenuntersuchungen bis zur Leistungsphase 2). Die Anzahl der Stellen wurde auf 28,5 Stellen im Jahr 2020 und bis auf 33,5 Stellen im Jahr 2023 erhöht.

Insgesamt konnten aufgrund mangelnder Fachkräfte vor allem im (Küsten-)Ingenieurbereich bis heute aber leider nicht alle Stellen besetzt werden und einige Stellen werden nur anteilig genutzt (Teilzeitkräfte).

Weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung sind im Bereich der Unterhaltung der landeseigenen Küstenschutzbauwerke beschäftigt.

Vor dem Hintergrund der gestiegenen Anforderungen für Genehmigungsverfahren, Vergabeverfahren, der erforderlichen Baubegleitung sowie der ebenfalls zu erarbeitenden hydrodynamischen Grundlagen wird der aktuell zur Verfügung stehende Personalbestand aus fachlicher Sicht als nicht ausreichend erachtet. Es werden gleichwohl große Anstrengungen unternommen, um die für den Küstenschutz zur Verfügung stehenden Finanzmittel möglichst effektiv und zielgerichtet einzusetzen.

Es erfolgen regelmäßig Ausschreibungen von Stellen in der Küstenschutzverwaltung. Die Gewinnung von geeignetem Personal ist aber – wie in anderen Bereichen des Ingenieurwesens – schwierig.

Für eine zeitnahe Änderung der Situation kommt vor allem die Schaffung eines mehrjährigen Einstellungskorridors und dessen Bewerbung an Universitäten bzw. Fachhochschulen infrage. Die Wiederaufnahme der Ausbildung von Umweltreferendaren oder die Einrichtung von Trainee-Programmen wird derzeit geprüft.

10. Wie haben sich die Baukosten im Bereich des Küstenschutzes innerhalb der zurückliegenden 20 Jahre entwickelt?

Grundsätzlich sind die Baukosten auch im Bereich des Küstenschutzes gestiegen. Eine allgemein gültige konkrete Aussage zur Entwicklung bzw. Veränderung von Baukosten für die Errichtung von Küstenschutzbauwerken kann – anders als z. B. bei Wohngebäuden oder im Straßenbau – aber aus folgenden Gründen nicht gegeben werden:

- Küstenschutzbauwerke an der Außenküste sind typischerweise Einzelbauwerke, bei denen die natürlichen Randbedingungen (Wassertiefe, Seegang, Baugrund) und die funktionellen Eigenschaften (Länge, Höhe etc.) stark voneinander abweichen.
- Kostenveränderungen für Küstenschutzbauwerke (oder allgemeiner für Wasserbauarbeiten) werden vom Statistischen Bundesamt nicht erfasst.
- Die Anzahl der Unternehmen, die Ingenieurbauwerke im Küstenschutz planen (können), und die Anzahl der Wasserbauunternehmen, die größere Bauvorhaben im Küstenschutz realisieren können, ist vergleichsweise gering. Die Preise bzw. Kosten schwanken daher abhängig von der Verfügbarkeit von Baugeräten und Personal vergleichsweise stark (Auftragslage im Gesamtmarkt).

Um trotzdem eine Abschätzung bezüglich der Kostensteigerungen in den letzten 20 Jahren durchführen zu können, kann man ersatzweise die Veränderung der Preise für Baustoffe, die auch im Küstenschutz eingesetzt werden, verwenden. Das Statistische Bundesamt gibt für nachstehende Baustoffe folgende Preisveränderungen an (Preisindex 2015 = 100):

Preisindex gewerblicher Produkte, Statistisches Bundesamt 2023

Baustoff	2003	2008	2013	2018	2022	Veränderung in Prozent
Steine, Erden, Bergbauerzeugnisse (z. B. für Deckwerke, Wellen- brecher)	84,3	87,6	97,5	104,7	130,5	155
Holz (z. B. für Bühnenbauwerke)	81,1	91,7	98,7	105,7	157,5	194
Metallerzeugnisse (z. B. Spund- wände)	83,6	97,4	99,9	104,3	128,4	154

Weiterhin können für eine Abschätzung auch die vom Statistischen Bundesamt erfassten Preise für Bauleistungen genutzt werden, die auch im Küstenschutz beauftragt werden. Das Statistische Bundesamt gibt für nachstehende Bauleistungen im Ingenieurwesen/Tiefbau folgende Preisveränderungen an (Preisindex 2015 = 100, mit Umsatzsteuer):

Baupreisindex für Bauleistungen, Statistisches Bundesamt 2023

Bauleistung	2003	2008	2013	2018	2022	Veränderung in Prozent
verlorene Spundwand einbringen	70,7	93,1	98,8	109,4	158,4	224
Boden laden und fördern	75,3	85,3	95,4	114,1	152,6	203
Beton oder Fundamente	82,2	92,0	97,3	108,8	141,2	172
Boden verdichten	70,6	83,9	95,3	120,7	163,7	232

Bezüglich der oben stehenden Tabellen ist zu beachten, dass die Preise bzw. Kosten in 2022 stark von der Ukraine-Krise beeinflusst waren. In 2023 sind zum Teil geringere Preise zu verzeichnen.

Ein Sonderfall stellen Aufspülmaßnahmen zur Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit von Vorstrand, Strand und Düne dar. Die Preise je Kubikmeter aufgespültem Sand sind erheblich von der beauftragten/gespülten Sandmenge und der Transportentfernung zur Entnahmestelle abhängig. Die Preisentwicklung kann am Beispiel von Aufspülungen nahe Ahrenshoop/Vordarß verdeutlicht werden. Im Jahr 2003 zahlte das Land Mecklenburg-Vorpommern ca. 4,17 Euro je Kubikmeter für die Aufspülung von Sand. Im Jahr 2022 entstanden bei vergleichbarer Sandmenge bereits Kosten in Höhe von ca. 7,92 Euro je Kubikmeter aufgespültem und profiliertem Sand.